

An  
Medienschaffende

Berlin, den 23.11.2018

**Pressemitteilung  
In Vielfalt leben: Vielfalt für die Demokratie mobilisieren**

**Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) will sachlichen Umgang mit UN-Migrationspakt, Enquete-Kommission im Bundestag zur Aufarbeitung der NSU-Verbrechen und gerechte Teilhabechancen für Migrant\*innen**

Demokratie lebt von Mitwirkung, Partizipation und von Stimme der Vielfalt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten befassen sich Delegierte des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats (BZI) mit und ohne deutschen Pass in kommunalen Ausländer-, Integrations- und Migrationsbeiräten mit den mannigfaltigsten Fragen der Gleichbehandlung und des Zusammenlebens in Vielfalt.

Im ersten Teil der Bundeskonferenz des Bundesverbands, in der Fachtagung am Samstag, standen die Vision einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft und die Rolle der Einwanderer\*innen und Integrationsbeiräte im Vordergrund.

Am Sonntag verabschiedeten Vertreter\*innen von über 400 kommunalen Ausländer-/Migrations- und Integrationsräten wichtige Resolutionen für die Einwanderungsgesellschaft Deutschland:

Sie forderten die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag, um Ursachen von Rassismus zu bekämpfen. Der Staat hat sein Versprechen für eine lückenlose Aufklärung der NSU-Morde nicht eingelöst und seine selbstverständliche Aufgabe nicht erfüllt, so der BZI.

Auch der UN-Migrationspakt stand auf der Agenda, mit der Forderung für einen sachlichen Umgang. „Da dieser Pakt sowohl zu Gunsten Deutschlands, aber auch der Migrant\*innen ist, gibt es aus unserer Sicht keinen Raum für populistische Hetze auf diesem Gebiet“, heißt es in der Resolution.

Der BZI warnte die Regierung in einer weiteren Resolution davor, die Fehler der Gastarbeiter-Generation zu wiederholen, indem sie sich auf die Rekrutierung von Arbeitskräften konzentriert, und Teilhabechancen von Eingewanderten vernachlässigt. „Ein Gesetz, das sich nur an den Interessen der Wirtschaft orientiert und keine Vision darüber enthält, wie und unter welchen Verhältnissen Eingewanderte in unserer Gesellschaft leben und an ihr teilhaben können, ist zum Scheitern verurteilt“, so der Bundesverband.

In zwei weiteren Resolutionen fordern die Delegierten die Anpassung der bestehen Strukturen, um Menschen mit Einwanderungsgeschichte gerechte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen; und sprechen sich „für eine größere Sichtbarkeit der politischen und gesellschaftlichen Belange von zugewanderten Frauen“ aus.

Die Resolutionen finden Sie im Wortlaut anbei.